

## Einwohnerrat

Legislaturperiode 2018 bis 2021

## Protokoll

der Sitzung vom Dienstag, 11. August 2020, 19.00 Uhr, Trafo

<b>Behandelte Traktanden</b>	<b>Seite</b>
1. Inpflichtnahmen (11/20)	5
1a. Dringliches Postulat Georg Gindely vom 29. Juni 2020 betreffend Prüfung der Einführung von Tempo 30 auf der Kennelgasse (34/20)	5
2. Allgemeine Nutzungsplanung, Gesamtrevision 2020 - 2025; Verpflichtungskredit (16/20)	6
3. Postulat Benjamin Steiner vom 29. August 2019 betreffend Koordination von Verkehrsprojekten auf Kantonsstrassen (42/19); Antrag auf Überweisung	13
4. Postulat Nadia Omar vom 17. Oktober 2019 betreffend rollstuhlgängige Passerelle vom Bahnhof Oberstadt zum KV Baden (49/19); Antrag auf Überweisung	13
5. Postulat Nadia Omar vom 17. Oktober 2019 betreffend Begegnungszone beim AZ-Hochhaus (50/19); Antrag auf Überweisung	14
6. Postulat Margreth Stammbach vom 16. Oktober 2019 betreffend Baden wird "Fair Trade Town" (51/19); Antrag auf Überweisung	17
7. Postulat Tobi Auer und Selena Rhinisperger vom 10. Dezember 2019 betreffend Verbindliche Abklärungen zu Photovoltaik-Anlagen bei städtischen Liegenschaften (72/19); Anträge auf Überweisung, Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung	19
8. Postulat Mark Füllemann und Stefan Jaecklin vom 29. Januar 2020 betreffend Solar- und Photovoltaikanlagen auf den Dächern und an Fassaden städtischer Liegenschaften (08/20); Antrag auf Überweisung	21
9. Postulat Stefan Jaecklin und Mark Füllemann vom 3. Februar 2020 betreffend Administrative Erleichterung Einbau Luft-Wasser Wärmepumpe bis 50 kW (10/20); Antrag auf Nichtüberweisung	23
10. Lang pendente parlamentarische Vorstösse; Kenntnisnahme von den (Zwischen-)berichten, teilweise Abschreibungen (18/20)	26

11.	Postulat Sander Mallien vom 9. Dezember 2019 betreffend Verstetigung der Tempo 30-Zone Burghaldenstrasse (71/19); Anträge auf Überweisung, Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung	28
1a.	Dringliches Postulat Georg Gindely vom 29. Juni 2020 betreffend Prüfung der Einführung von Tempo 30 auf der Kennelgasse (34/20)	29
12.	Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021	32

Vorsitz: Sander Mallien

Protokoll: Marco Sandmeier, Stadtschreiber II

Stimmzählende: Georg Gindely  
Tobias Vonesch

Anwesend: 47 Mitglieder des Einwohnerrats  
6 Mitglieder des Stadtrats

Verwaltung: Barbara Finkenbrink, Stadtökologie  
Monika Greber, Projektleiterin Raumplanung  
Astrid Hellbach, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei  
Heinz Kubli, Stadtschreiber  
Jarl Olesen, Leiter Planung und Bau  
Christian Vogler, Energiekoordinator  
Rolf Wegmann, Leiter Entwicklungsplanung

Entschuldigt: Alex Berger  
Selena Rhinisperger  
Karim Twerenbold

Der Beschluss gemäss Ziffer 2 untersteht dem fakultativen Referendum. Er ist einer Urnenabstimmung zu unterstellen, wenn dies von mindestens 10% der Stimmberechtigten in einem schriftlichen Begehren innert 30 Tagen nach Publikation des entsprechenden Beschlusses verlangt wird.

## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Ich begrüsse Sie zur heutigen Einwohnerratssitzung nach der langen Sommerpause.

Wir haben eine "beladene" Traktandenliste. In der Hoffnung, dass wir alle Traktanden heute behandeln können, haben wir die morgige Sitzung definitiv abgesagt. Wir bitten um Ihre Mithilfe. Bei einer langen Sitzung behalte ich mir jedoch vor, einige Traktanden auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Für die heutige Sitzung haben sich Alex Berger, Selena Rhinisperger und Karim Twerenbold entschuldigt.

Wir befinden uns immer noch unter der Covid-Massnahmen-Lage. Ich bitte Sie, die Distanz einzuhalten. Sie haben wieder ein "Fresspäckli" auf dem Tisch. Diesmal ohne Salat, sodass wir keine offizielle Pause machen müssen. Sie können individuell essen und Kaffee trinken.

## **Mitteilungen**

Franziska Schoop hat auf Ende Juli 2020 ihren Rücktritt aus dem Einwohnerrat eingereicht. Sie ist bereits nach Wettingen gezogen. Deshalb ist eine Verabschiedung leider nicht mehr möglich. Wir wünschen Franziska Schoop für die Zukunft alles Gute. Ihr Nachfolger ist Maurizio Savastano. Er wird später, zusammen mit Renzo Iten, Nachfolger von Fiona Hostettler, und Oliver Steger, Nachfolger von Jost Voser, in Pflicht genommen.

Michael Staubli hat ebenfalls ein Rücktrittsschreiben auf Ende der heutigen Sitzung eingereicht. Es ist ihm aufgrund seines Studiums und seines Berufs nicht länger möglich, im Einwohnerrat tätig zu sein. Wir werden ihn am Schluss der Sitzung verabschieden.

Seit der letzten Sitzung sind folgende Vorstösse eingegangen:

- Anfrage Daniel Glanzmann vom 5. Juni 2020 betreffend Bezirksgebäude, Ländliweg 2; Fassandensanierung; Umgang mit den Honorarkosten "Architekt"
- Postulat Fabian Hummel vom 8. Juni 2020 betreffend Belebung des öffentlichen Raums durch Gastwirtschaften
- Anfrage Thomas Rimann und Bruno Knörr vom 28. Juni 2020 betreffend Kosten- und Terminkontrolle der laufenden, grösseren Bauprojekte der Stadt Baden im Jahr 2020
- Dringliches Postulat Georg Gindely vom 29. Juni 2020 betreffend Prüfung der Einführung von Tempo 30 auf der Kennelgasse
- Dringliche Anfrage Fritz Bosshardt und Benjamin Steiner vom 20. Juli 2020 betreffend Grünfläche statt Parkplätze im RPB
- Postulat Michael Staubli und Mitunterzeichnende vom 10. August 2020 betreffend Massnahmen zur Reduktion bis hin zum Verbot von Einwegprodukten aus Plastik bei städtischen und von der Stadt zu bewilligenden Veranstaltungen

Seit der letzten Sitzung wurde folgender Vorstoss erledigt:

- Anfrage Hansruedi Stauffacher vom 28. Mai 2020 betreffend Stadtcasino Baden AG – Ausschüttung einer Dividende und Kurzarbeit.

Das Protokoll der letzten Sitzung konnte noch nicht fertiggestellt werden. Die Publikation des Protokolls erfolgt in den nächsten Tagen.

Wie immer bitte ich alle, welche ein Votum schriftlich vorbereitet haben, dieses dem Ratssekretariat per E-Mail zu senden.

## **1. Inpflichtnahmen (11/20)**

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Ich bitte die Herren Renzo Iten (glp), Maurizio Savastano (FDP) und Oliver Steger (FDP) an ihrem Platz aufzustehen. Ich lese nun die Gelöbnisformel vor, welche Sie bitte mit "Ich gelobe es." beantworten.

Ich gelobe als Mitglied des Einwohnerrats, meine Verantwortung gegenüber Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt wahrzunehmen, die Wohlfahrt der Stadt Baden zu fördern und gemäss der Verfassung und den Gesetzen nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.

Nach dem Gelöbnis sind Sie in Pflicht genommen. Ich wünsche Ihnen viel Freude und Erfüllung bei Ihrem Amt. Nehmen Sie das Amt auch immer mit einem Quäntchen Humor wahr.

### **1a. Dringliches Postulat Georg Gindely vom 29. Juni 2020 betreffend Prüfung der Einführung von Tempo 30 auf der Kennelgasse (34/20)**

#### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Wir werden zuerst nur über die Dringlichkeit diskutieren bzw. abstimmen. Für die Dringlichkeit braucht es eine 2/3-Mehrheit. Wird der Dringlichkeit zugestimmt, wird das Postulat am Ende der Sitzung behandelt.

#### **Georg Gindely**

Ich beantrage Dringlichkeit für dieses Postulat, weil es eng mit dem Postulat von Sander Mallien betreffend Einführung von Tempo 30 auf der Burghaldenstrasse zusammenhängt. Es ist aus unserer Sicht sinnvoll, die beiden Postulate zusammen zu behandeln.

#### **Beschluss:**

Der Dringlichkeit wird zugestimmt (grossmehrheitlich).

#### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Wir werden am Schluss der Traktandenliste auf das Dringliche Postulat zurückkommen.

## **2. Allgemeine Nutzungsplanung, Gesamtrevision 2020 - 2025; Verpflichtungskredit (16/20)**

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Das Vorgehen ist wie folgt geplant:

Zuerst die Stellungnahme der Finanzkommission, danach weitere Stellungnahmen. Im Anschluss erfolgt die Stellungnahme des Stadtrats.

### **Markus Rausch, Präsident Finanzkommission**

Die Notwendigkeit für eine gesamthafte Überarbeitung der allgemeinen Nutzungsplanung steht ausser Frage. Die letzte Gesamtrevision datiert aus dem Jahr 1996. Gemäss Raumplanungsgesetz ist eine Gesamtüberprüfung alle 10 bis 15 Jahre notwendig. Die Nutzungsplanung wird der übergeordneten Gesetzgebung angepasst und in die übergeordneten Entwicklungsziele des REK integriert. Die inhaltlichen und qualitativen Ziele der Überarbeitung sind plausibel in der Vorlage dargelegt und unbestritten. Der Umfang und die Leistungen des Kredits sind vollständig und transparent aufgezeigt. Die erwähnte begleitende Kommunikation, u. a. für den Mitwirkungsprozess, wird von der Finanzkommission begrüsst. Die externe Vergabe dieser Leistung wird von der Kommission jedoch hinterfragt. Es wurde gefragt, weshalb diese Leistung nicht verwaltungsintern erbracht werden kann. Die einzelnen Prozessschritte sind nachvollziehbar beschrieben. Der Fokus auf die partizipativen Prozessschritte mit der stimmberechtigten Bevölkerung scheint richtig priorisiert worden zu sein. Die Projektorganisation stützt sich auf die Erfahrungen der letzten Teilrevision. Die Finanzkommission stimmt auch der Einrichtung einer einwohnerrätlichen Spezialkommission zu.

Die Höhe des beantragten Kredits von CHF 950'000 wurde mit verschiedenen Städten verglichen. Die Grössenordnung scheint angemessen, wenn auch die einzelnen Positionen der Kostenzusammenstellung wenig nachvollziehbar sind. Einzelne Mitglieder regten an, den Kredit ohne die Reserve von CHF 130'000 zu gewähren, da die Reserve bei der Genehmigung ohnehin aufgebraucht werden würde. Bei der Einhaltung des Kreditrahmens ist ein effektives Kostencontrolling unerlässlich.

Die Finanzkommission empfiehlt einstimmig, die Genehmigung des Verpflichtungskredits.

### **Daniel Glanzmann**

Die SVP wird dem Kredit für die Revision der allgemeinen Nutzungsplanung zustimmen, wobei wir am Schluss der Diskussion einen Gegenantrag stellen werden.

Zunächst ein Paar Bemerkungen zur Vorlage des Stadtrats:

Punkt 3.3: Quartalsziele:

"Eine siedlungs- und zentrumsverträgliche Mobilität gestaltet innerstädtischen Strassenraum als urbanen Bewegungs- und Begegnungsraum."

Für diesen Satz reichen meine Deutschkenntnisse nicht ganz aus. Ich verstehe aber, was man damit ausdrücken möchte. Ich interpretiere, dass diese Absichten nicht autofreundlich sein werden. Das ist ein politisches Statement und gehört nicht in eine Einwohnerratsvorlage.

Punkt 5.1, Phase 1: Mandatierung, Hauptthemen und Inhalte:

"Für die Erarbeitung der Revision der allgemeinen Nutzungsplanung werden im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung ein oder mehrere Planermandate vergeben."

Wer führt diese Ausschreibung durch? Wird gewährleistet, dass Planungsbüros beauftragt werden, welche bei ihrer Auftragerfüllung auch die Interessen der bürgerlichen Minderheit und beispielsweise des Gewerbes berücksichtigen? Es müssten alle Interessen von Baden berücksichtigt werden.

Punkt 6: Projektorganisation, einwohnerrätliche Spezialkommission:

Zu diesem Punkt hat die SVP Baden eine Bitte an unsere Kolleginnen und Kollegen im Einwohnerrat. Mit dieser Gesamtrevision steht ein wichtiger und langer Prozess bevor. Wenn im Lauf dieses Prozesses mehr als die Hälfte der Kommissionsmitglieder ausgewechselt wird – Stichwort "Rücktritte" – und wenn Personen in der Kommission sitzen, welche in den jeweiligen Fraktionen nicht zum Kreis der Wortführer gehören, wird der Einfluss dieser Kommission auf die Resultate der Revision sehr gering sein, und das wäre schade.

Punkt 6: Kommunikation:

Ich lese den Gegenantrag vor:

"Für die Revision der allgemeinen Nutzungsplanung (NP) sei ein Kredit von CHF 810'000 (inkl. MWST) zu bewilligen."

Der Verpflichtungskredit wäre somit um CHF 140'000 tiefer. Wir begründen das wie folgt:

Wir möchten den eingeplanten Betrag für externe begleitende Kommunikationskosten streichen, da wir der Meinung sind, dies in Baden selber ausführen zu können, und zwar aus den folgenden Gründen:

1. Die Stadt Baden leistet sich seit einigen Jahren eine eigene Kommunikationsabteilung. Wenn ich Jacqueline Keller Borner wäre, wäre ich ein wenig sauer auf den Stadtrat. Kaum gibt es mal etwas Spannendes zu kommunizieren, geben sie diesen Auftrag an Externe.
2. In der Abteilung Planung und Bau arbeiten sehr gut qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, welche bereits in der Vorphase gute Arbeit leisten.
3. In der Verwaltung gibt es mehrere, textsichere Stadtschreiber und Juristen.
4. Der zuständige Stadtrat wird mit grosser Wahrscheinlichkeit Stefan Jaecklin oder Benjamin Steiner heissen und mindestens einen Dokortitel haben. Wir kennen beide bestens. Beide sind talentierte Kommunikatoren.

Aus diesen Gründen bitte ich Sie, unseren Antrag, welchen ich am Schluss stellen werde, zu unterstützen.

## **Fabian Hummel**

Das Geschäft ist nicht besonders "sexy", aber dringend nötig! Es ist unerlässlich, um die Vorarbeiten aus dem REK, aus diversen politischen Vorstössen, aus dem Reglement für nachhaltige städtische Mobilität usw. umsetzen zu können.

Betreffend externe Berater sehen wir das differenzierter. Es ist unserer Meinung nach sinnvoll, externe Berater beizuziehen, da diese Arbeit nicht Aufgabe der Verwaltung ist. Es gehört nicht zum Alltagsgeschäft. Ob ein Planerbüro "links" oder "rechts" orientiert ist, sollte das Gesamtergebnis nicht beeinflussen. Wenn wir einen partizipativen Prozess machen können, wie in der Vergangenheit, wird schliesslich die Stimme der Bevölkerung berücksichtigt und nicht diejenige des Planungsbüros. Es wäre zudem schwierig, in einer Ausschreibung darzulegen, ob ein Büro "links" oder "rechts" orientiert ist. Die Vergabe eines externen Mandats für die Kommunikation hinterfragen wir allerdings auch. Auch wir sind der Meinung, auf diesem Gebiet relativ gut aufgestellt zu sein.

Einem Kredit zur Überarbeitung der allgemeinen Nutzungsplanung werden wir zustimmen. Einem allfälligen Antrag der SVP stehen wir offen gegenüber.

## **Iva Marelli**

Das team baden wird dem Verpflichtungskredit in der vollen Höhe zustimmen.

Das Geschäft ist überfällig. Die letzte Gesamtrevision stammt aus dem Jahr 1996. Zum Kontext: Es war das Jahr, in dem "Wanna be" der Spice Girls fünf Wochen lang an der Spitze der Charts stand.

Wir müssen die Revision durchführen. Wir müssen dem Geschäft Beachtung schenken, weil alles, was aus diesem Geschäft entsteht, die Stadtentwicklung und -planung über Jahrzehnte prägen wird. Ich bitte Sie deshalb, die Wichtigkeit des Geschäfts anzuerkennen. Das team baden erachtet den partizipativen Teil der Vorlage als enorm wichtig. Für uns ist die Spezialkommission absolut notwendig. Ich finde jedoch den Einwand von Daniel Glanzmann betreffend Fluktuation im Einwohnerrat gut.

Die Partizipation im REK führte zu etwa 200 Rückmeldungen. Der Stadtrat war mit dem Rücklauf zufrieden. Es ist mir ein Anliegen, dass daraus Lehren gezogen werden, um einen grösseren Rücklauf zu erzielen. 200 Personen auf die Anzahl Einwohnende von Baden sind prozentual wenig.

Zum angekündigten Antrag der SVP:

Wir finden es enorm wichtig, dass das Projekt professionell aufgeleitet und der partizipative Prozess sauber geführt wird. Hier widerspreche ich Daniel Glanzmann. Marco Sandmeier z. B. ist Jurist. Er wird jedoch nicht jede einzelne juristische Frage beantworten können. Im Bereich Kommunikation wird es demnach auch Aufgaben geben, die nicht in das Alltagsgeschäft einer Verwaltung gehören. In Anbetracht dessen, dass man 1996 die letzte Revision der allgemeinen Nutzungsplanung gemacht hat, ist diese Aufgabe nicht alltäglich. Damit der sportliche Zeitplan von fünf Jahren eingehalten werden kann, brauchen wir eine breite Abstützung. Wir sind deshalb der Ansicht, dass man die Kommunikation dieses wichtigen Geschäfts durchaus extern vergeben kann.



## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Ich habe eine Zwischenbemerkung. Zwei Redner haben sich auf die Fluktuation im Einwohner-rat bezogen. Ich habe von der Stadtverwaltung eine höhere Zahl der Rücktritte, als im heutigen Artikel der AZ beschrieben, erhalten.

## **Mark Füllemann**

Die FDP anerkennt die Notwendigkeit des Projekts aus zwei Gründen:

- Das Raumplanungsgesetz verlangt alle 10 bis 15 Jahre eine Überprüfung. Seit der letzten Überprüfung sind fast 25 Jahre vergangen.
- Wir haben das Raumentwicklungsprojekt gutgeheissen. Damit Rechtssicherheit für Eigen-tümer gewährleistet werden kann, braucht es eine Übersetzung dieses Konzepts in konkrete Vorschriften.

Wir haben inhaltlich vier konkrete Erwartungen an die überarbeitete Nutzungsplanung:

1. Die Nutzungsplanung muss darauf fokussieren, das Bauen zu ermöglichen.
2. Für die Grundeigentümer braucht es nicht nur Anreize, sondern vor allem klare Regeln, wann sie bauen dürfen.
3. Die BNO muss entschlackt werden, beispielsweise durch den Wegfall von Einmischungs-möglichkeiten bei der Farb- oder Gartengestaltung.
4. Es ist strikt an den in der Vorgabe genannten Ziele festzuhalten oder in Neudeutsch: kein "Targetcreep".

Es braucht eine Spezialkommission des Einwohnerrats.

Die Kosten sollen um die CHF 140'000 gekürzt werden. Die Stadt Baden verfügt über eine in-terne Kommunikationsstelle. Da sich das Projekt über fünf Jahre erstreckt, ist der Aufwand pro Jahr vertretbar. Wir gehen davon aus, dass die interne Kommunikationsstelle über die notwen-dige Qualifikation verfügt.

Ich habe noch zwei persönliche Anmerkungen:

1. Ich wünsche mir, dass auf undefinierte Adjektive verzichtet wird, wie etwa "zeitgemässe" oder "moderne" Nutzungsplanung.
2. In der Vorlage wird auf das Planungsleitbild 2026 als Vorgabe verwiesen. Dieses Planungsleitbild wird aber in zwei bis drei Jahren auch überarbeitet werden müssen.

## **Iva Marelli**

Die Meinung war, dass planerische Kommunikation und ein partizipativer Prozess kein Alltags-geschäft der internen Kommunikationsstelle sei. Das heisst jedoch nicht, dass die Kommuni-kationsstelle schlechte Arbeit im Alltag leistet, sondern dass es dafür ein Fachwissen braucht, welches inhouse teuer zu stehen kommen würde.

## **Sarah Wiederkehr**

Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrats und befürwortet den Kredit zur Revision der allgemeinen Nutzungsplanung.

Mit der Gesamtrevision der Nutzungsplanung werden insbesondere die Erkenntnisse aus dem REK in konkrete Richtlinien und Vorgaben umgesetzt. Das Herzstück beinhaltet die aus dem REK identifizierten Transformationsgebiete, deren Gesicht sich ändern wird: Innenstadt, Oberstadt, Dättwil und Kappelerhof.

Wir erachten es als sinnvoll, dass im Rahmen der Revision der allgemeinen Nutzungsplanung mehrere Planungsinstrumente überarbeitet werden. Wir werden heute Abend noch das Postulat von Nadia Omar betreffend Begegnungszone beim AZ-Hochhaus behandeln. Dieses werden wir nicht überweisen, da die Prüfung von Begegnungszonen sowie Tempo 30-Zonen im Rahmen der Überarbeitung des Kommunalen Gesamtplan Verkehr (KGV) sowieso erfolgen wird.

Ich nutze die Gelegenheit, um zwei Wünsche betreffend die Projektumsetzung und zukünftige vielfältige Vorlagen anzubringen:

1. "Put the fish on the table" – Konfliktpotentiale früh auf den Tisch bringen und mit den Beteiligten besprechen.
2. Es werden womöglich im Verlauf des Prozesses nicht nur pareto-effiziente Lösungsansätze gefunden, in dem alle gleich oder bessergestellt werden. Wir unterstützen den Antrag des Stadtrats, eine externe Kommunikationsstelle beizuziehen, um kostspielige Einsprachen – wenn immer möglich – durch gute und proaktive Kommunikation zu vermeiden.
3. Kontextinformationen und Darstellung der Prioritäten: Weitreichende Vorlage mit unterschiedlichen ineinandergreifenden Planungsinstrumenten.
4. Wir hätten einen Gesamtüberblick der einzelnen Projekte im Nachgang zum REK geschätzt, auch wenn der Kredit nur für einen Teilbereich gilt. Der Terminplan der Vertiefungsstudien der Transformationsgebiete ist z. B. unklar. Wann fliessen diese Erkenntnisse in die BNO ein? Im selben Zug könnten Prioritäten und Fokusbereiche klarer aufgezeigt werden: In Punkt 4.1 BNO, KGV, werden Segler- und Fledermausinventar auf derselben Stufe dargestellt.

Wir wünschen allen involvierten Personen viel Erfolg und freuen uns auf eine zukunftsgerichtete Nutzungsplanung gemäss den Vorgaben und Prioritäten aus dem REK.

## **Corinne Schmidlin De Min**

Vor ein paar Monaten stellte die Abteilung Planung und Bau bei uns in der Fraktion die BNO-Revision vor. Die Grünen waren damals schon von den Ausführungen überzeugt. Wir werden deshalb dem Kredit zustimmen.

Es wurde schon viel über die Notwendigkeit der Revision gesprochen. Ich werde deshalb nichts mehr dazu sagen. Wir sind der Meinung, dass der Prozess gut aufgegleist wurde und finden den 5-jährigen Zeitplan realistisch, auch wenn er relativ sportlich ist.

Die Erarbeitung der BNO ist ein komplexes Vorhaben. Das ist schon aus der noch unvollständigen Liste der Planungsinstrumente ersichtlich.

Ich schliesse mich Sarah Wiederkehr an: Es hat Überbleibsel aus dem REK, z. B. das Hochhauskonzept oder die Überarbeitung des ERP Baden Nord. Zusätzlich zu den verschiedenen Planungsinstrumenten sollte die Bevölkerung die Möglichkeit erhalten, ihre Anliegen einzubringen. Für diesen komplexen und aufwändigen Prozess braucht es zwingend genügend Ressourcen für die Kommunikation, aber auch für die Partizipation und einer Moderation. Wir sind froh um die Ressourcen, welche in der Vorlage beschrieben sind. Bei genauer Durchsicht geht es nicht nur um Kommunikation, sondern – wie es in Klammern steht – "inklusive Mitwirkung". Ohne Mitwirkung kommen wir nicht voran. Das REK wurde gut aufgegleist, es gab eine gute Mitwirkung und war zum Schluss erfolgreich. Das wünschen wir uns auch bei der BNO.

Wir stimmen deshalb dem Kredit über CHF 950'000 zu. Es ist gut investiertes Geld.

### **Nora Langmoen**

Es ist unbestritten, dass die Revision notwendig ist und etwas kostet. Nutzende und Räume haben sich stark gewandelt. Die Revision ist deshalb willkommen, und es ist höchste Zeit dafür. Die SP Baden wird dem Verpflichtungskredit zur Gesamtrevision zustimmen.

Zum Antrag, der später eingereicht werden wird:

Die SP ist gespannt auf die Erläuterungen zur begleitenden Kommunikation. Wir vermuten aber, dass es sich um mehr als eine einfache Kommunikation handeln wird, sondern viel weiter gefasst ist.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Ich bedanke mich für die Beschäftigung und die mehrheitlich gute Aufnahme der Einwohnerratsvorlage. Alle Rednerinnen und Redner sind sich einig, dass es eine Gesamtrevision der BNO braucht. Die letzte Teilrevision hat lange gedauert und beinhaltete viele Einzelheiten. Zum Schluss nahm auch der Einwohnerrat dazu Stellung. Einige von Ihnen erinnern sich vielleicht, dass gewünscht wurde, das "autofreie Wohnen" zu prüfen. Wir haben das "autofreie Wohnen" nachträglich eingebaut.

Eine allgemeine Nutzungsplanung zu erstellen, ist ein grosses, aufwändiges Projekt. Wir haben Vergleiche mit anderen Gemeinden angestellt und festgestellt, dass die Höhe des beantragten Kredits sicherlich angemessen ist.

Die allererste BNO 1923 beinhaltete mehr Paragraphen als die aktuelle BNO. Die neue BNO sollte noch kürzer sein.

Beim Erstellen einer BNO wollen Juristen möglichst viel Sicherheit. Das Parlament und der Stadtrat wünschen sich mehr Freiheit. Wir müssen diesen Mix finden. Die Basis bildet das Planungsleitbild, das auch die Basis für das REK war. Eine allgemeine Nutzungsplanung ist eigentümerverbindlich. Wir müssen damit rechnen, dass alle Bewohnenden der Stadt Baden, welche von einem Teilgebiet der BNO betroffen sind, von ihrem Mitspracherecht Gebrauch machen, was wünschenswert ist. Die Mitwirkung ist ein zentrales Element.

Der Link zum Votum von Sarah Wiederkehr: Man sollte frühzeitig das Konfliktpotential aufzeigen. Es gibt in der allgemeinen Nutzungsplanung einen Pflichtteil, den Mitwirkungsteil. Es gibt auch einen Teil betreffend die Erarbeitung der Grundlagen des Berichts. Wir haben versucht,

diese Punkte aufzuzeigen. Mögliche Konflikte sollten früh aufgezeigt werden. Bei Veränderungen in einem Quartier organisiert man z. B. eine Veranstaltung, informiert die Bewohnenden und holt Rückmeldungen ein. Das Ziel dieses offenen, transparenten und partizipativen Prozesses ist, im Vorfeld einen guten Prozess zu führen, Mitwirkung zuzulassen und "schlanker" zu fahren.

Bei der Verabschiedung des REK lobte uns der Einwohnerrat für den durchgeführten partizipativen Prozess. Ein solcher partizipativer Prozess ist aufwändig, benötigt Ressourcen und viel Erfahrung im Umgang mit bautechnischen Angelegenheiten. Aus diesen Gründen halten wir an den CHF 140'000 fest. Das ist keine Aufgabe, die einem Stadtschreiber oder einer internen Kommunikationsstelle übergeben werden kann. Unsere Kommunikationsstelle würde mit einem Pensum von 80% nicht in der Lage sein, diese Aufgabe in fünf Jahren zusätzlich zum Alltagsgeschäft zu meistern. Wir wollen die Bevölkerung professionell informieren. Der Gesamtstadtrat wird selbstverständlich auch am Projekt mitarbeiten. Es ist jedoch nicht möglich, die ganze Partizipation und die Erarbeitung der Berichte, die Moderation usw. mit den vorhandenen Ressourcen zu erledigen.

Wir sind überzeugt, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Der Vergleich zu anderen grösseren Städten bestätigt, dass es eine externe Kommunikation braucht.

Ich bitte Sie deshalb – auch wenn der Antrag der SVP noch nicht gestellt wurde – diesen abzulehnen und uns zu ermöglichen, den Prozess gut aufzugleisen.

In der Finanzkommission wurde über die Reserve diskutiert. Wir verfügen über eine relativ grosse Reserve. Wir wissen allerdings noch nicht, wieviel Geld wir aufwenden müssen, um eine Mitwirkung durchzuführen und um anschliessende Einwendungen zu behandeln. Das ist schwer abzuschätzen. Für einen Kredit mit einer Laufzeit von fünf Jahren braucht es eine Reserve, vor allem für den juristischen Teil der Mitwirkung.

Die Kostenkontrolle wurde auch von der Finanzkommission angesprochen. Wir haben Ziele festgelegt und werden sicherlich nicht unnötig Geld ausgeben.

Ich bitte Sie, uns zu ermöglichen, den Prozess der Revision der allgemeinen Nutzungsplanung zu verbessern und weiterzuführen. Es geht um die Mitwirkung eines jeden Grundbesitzers und Investors. Das ist ein grosses Projekt, der unsere Stadt vorwärts bringen sollte und 10 bis 15 Jahre bestehen sollte.

Die Frage nach dem Planermandat ist noch offen. Es findet eine Ausschreibung statt, der danach eine Jury und ein Bewertungsraster zugrunde gelegt wird. Bei der Jurierung sind der Ressortchef und die Abteilung Planung und Bau involviert. Wir haben einen Externen beigezogen, der mit dem Thema vertraut ist. Wir werden schliesslich zusammen die Bewertung erarbeiten.

Wir können nicht garantieren, dass wir nicht ein "links"-, "rechts"- oder "Mitte"-gerichtetes Büro wählen. Wir garantieren aber, dass wir das Büro wählen werden, das den besten Eindruck hinterlässt und die beste Offerte einreicht.

Der Stadtrat bittet Sie, dem Kredit zuzustimmen und den allfälligen Antrag von Daniel Glanzmann abzulehnen. Wir sind überzeugt, dass wir einen guten partizipativen Prozess mit internen Ressourcen nicht durchführen können.

## **Daniel Glanzmann**

Ich stelle folgenden Antrag:

"Für die Revision der allgemeinen Nutzungsplanung sei ein Kredit von CHF 810'000 inkl. Mehrwertsteuer zu bewilligen."

## **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Die beiden Anträge unterscheiden sich nur in der Zahl: Im Gegenantrag ist der Betrag um CHF 140'000 niedriger. Ich werde den Antrag von Daniel Glanzmann dem Antrag des Stadtrats gegenüberstellen. Derjenige mit mehr Stimmen obsiegt. Am Schluss werden wir über den obsiegenden Antrag abstimmen. Wir werden also zwei Abstimmungen durchführen.

### **Beschluss:**

Der Antrag des Stadtrats hat obsiegt (26 Ja- zu 20 Nein-Stimmen).

### **Beschluss:**

Für die Revision der allgemeinen Nutzungsplanung (NP) wird ein Kredit von CHF 950'000 (inkl. MWST) bewilligt (einstimmig).

### **3. Postulat Benjamin Steiner vom 29. August 2019 betreffend Koordination von Verkehrsprojekten auf Kantonsstrassen (42/19); Antrag auf Überweisung**

#### **Beschluss:**

Das Postulat Benjamin Steiner vom 29. August 2019 betreffend Koordination von Verkehrsprojekten auf Kantonsstrassen wird überwiesen (grossmehrheitlich).

### **4. Postulat Nadia Omar vom 17. Oktober 2019 betreffend rollstuhlgängige Passerelle vom Bahnhof Oberstadt zum KV Baden (49/19); Antrag auf Überweisung**

#### **Fabian Hummel**

Das Postulat an sich ist unbestritten. Die glp möchte an die grossen Diskussionen betreffend das umstrittene Projekt bezüglich Kreisel Burghalde erinnern. Wir bitten, bei der Bearbeitung des Postulats zu bedenken, dass die Situation bei der Burghalde mit dem neuen Kreisel stark verbessert wird.

#### **Nadia Omar**

Ich danke allen für die Unterstützung des Postulats. Es ist uns wichtig, die Situation betreffend der Passerelle zu prüfen, solange man nicht weiss, wie es mit dem Areal der Ferro AG weitergeht. Wir sind bezüglich der Optionen zur Umsetzung offen (ein Lift, eine Schnecke oder eine Rampe). Wir wollen, dass man zum jetzigen Zeitpunkt prüft, wie gross der Platzbedarf wäre.

Falls es viel Platz beanspruchen würde, könnte eine Fläche auf dem Ferro-Areal gesichert werden.

### **Beschluss:**

Das Postulat Nadia Omar vom 17. Oktober 2019 betreffend rollstuhlgängige Passerelle vom Bahnhof Oberstadt zum KV Baden wird überwiesen (einstimmig).

## **5. Postulat Nadia Omar vom 17. Oktober 2019 betreffend Begegnungszone beim AZ-Hochhaus (50/19); Antrag auf Überweisung**

### **Nadia Omar**

Da das Postulat nicht unbestritten ist, werde ich gerne etwas dazu sagen. Die Badenerinnen und Badener haben sich gefreut, den Wakker-Preis erhalten zu haben. Der Schweizerische Heimatschutz hat die Stadt Baden speziell geehrt, weil die Plätze und der Strassenraum in den letzten Jahren sich zugunsten von Fussgängerinnen und Fussgängern verbessert haben. Die Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums wurde massiv gesteigert. Unser Postulat zielt genau in diese Richtung. Heute müssen Fussgängerinnen und Fussgänger grosse Umwege in Kauf nehmen, um auf die vom Verkehr umtoste AZ-Hochhaus-Insel zu gelangen. Ist das Aufenthaltsqualität? Lädt das zum Verweilen ein? Rund um den Platz befinden sich zwar Cafés und Restaurants, aber kann man sich dort gemütlich draussen aufhalten? Wir glauben es nicht. Es ist eher ein öffentlicher Parkplatz oder eine Durchgangsstrasse. Wir möchten, dass ein Stadtplatz entsteht, und vor allem möchten wir eine Verbesserung der Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger.

Die SVP hat angekündigt, das Postulat wegen des KGV abzulehnen. Der KGV gibt auch eine Klassifizierung der Strassen an. Im letzten KGV sind Angaben gemacht worden über alle Strassenänderungen. Dort, wo es keine Änderungen zu Tempo 20 oder Tempo 30 gab, wurde nichts dazu gesagt. Wir sind der Ansicht, dass der Perimeter wichtig wäre: Innerstädtisch, wunderbar erschlossen. Er würde alle Voraussetzungen erfüllen, um einen guten Aufenthaltsraum zu bieten.

Wir brauchen deshalb dieses Postulat. Wir gehen grundsätzlich davon aus, dass wir mit dem neuen KGV das Postulat abschreiben könnten, weil es dort um eine Verlangsamung des Tempo-Regimes gehen wird. Sollte dem nicht so sein, erhielten wir wenigstens eine Begründung, weshalb es nicht so wäre. Wir möchten auch den Mitgliedern dieses Parlaments einen politischen Auftrag erteilen, und zwar, dass wir unser Augenmerk auf diesen Perimeter in Richtung Platzumgestaltung richten. Wir können unsere politische Verantwortung nicht auf den KGV abschieben.

Ich bitte alle um Unterstützung des Postulats.

### **Stefan Jaecklin**

Es ist eine Bereicherung für eine Stadt, eine Begegnungszone einrichten zu können. Begegnungszonen können vorteilhaft sein, müssen aber gewisse Ziele und Bedingungen erfüllen. Da ich kein Experte dafür bin, habe ich mich schlau gemacht, wo Begegnungszonen sinnvoll wären. Beim Fussverkehr Schweiz, Fachverband der Fussgängerinnen und Fussgänger, habe ich folgende Erklärung erhalten: "Begegnungszonen können überall dort zum Einsatz kommen, wo

eine Mischung der Verkehrsteilnehmer zu einem besseren Verkehrsablauf führt als die Verkehrstrennung."

Nehmen Sie das als Anlass, die Situation zu beurteilen. Die Frage ist, ob eine Verkehrsmischung einen besseren Verkehrsablauf als eine Verkehrstrennung bringt. Wie ist der Verkehrsfluss heute beim AZ-Hochhaus – Stadtturmstrasse – Rütistrasse? Zum einen ist das eine Durchgangstrasse, die von allen genutzt wird, die von der Allmend über die Rütistrasse, Richtung links, in die Stadt gelangen wollen. Ausserdem ist es der Zugang zum Parkhaus City Coop, Langhaus, und zum Parkhaus Gstühl-City. Busse, Personenwagen und Velos benützen die Strasse ebenfalls. Und schliesslich ist es auch eine logistische Angelegenheit (Lastwagen, Lieferwagen usw.). Die Situation ist sehr komplex. Es ist nicht die gleiche Situation wie beispielsweise in der Weiten Gasse. Bei der Komplexität der Situation braucht es leider eine Verkehrstrennung. Die Trennung ist effizienter, führt zu kürzeren Wegen und zu mehr Sicherheit für die Verkehrsteilnehmenden.

Aus den genannten Gründen werden wir die Überweisung des Postulats einstimmig ablehnen.

### **Claudio Miotti**

Die Grünen werden das Postulat unterstützen. Wir sind ähnlicher Meinung wie das team baden. Eine Begegnungszone rund um das AZ-Hochhaus hätte durchaus seinen Nutzen. Die aktuelle Verkehrssituation ist auch aus unserer Sicht – insbesondere zwischen dem Bahnhof und dem Martinsbergquartier – suboptimal, bzw. relativ chaotisch und unübersichtlich, auch und vor allem für Auswärtige, die vor allem abends und am Wochenende einen Grossteil der Leute darstellen, welche die angrenzenden Lokalitäten besuchen. Für uns kommt auch eine Parkplatzaufhebung in Betracht, weil sich in der Nähe eine Tiefgarage befindet. Eine solche Begegnungszone wäre ein Schritt, um die Umgebung rund um den Bahnhof für den Fussverkehr attraktiver zu machen, und damit auch für die vielen Betreiberinnen und Betreiber der Restaurants und Bars. Ausserdem würde auch der Weg in den Kern der Altstadt angenehmer gestaltet.

### **Christoph Perrin**

Unsere Fraktion hat das Postulat geprüft und die Situation beim AZ-Hochhaus anlässlich einer Begehung sowie in Gesprächen analysiert.

Es geht wieder einmal mehr einzig und allein um den Abbau von oberirdischen Parkplätzen. Es ist wieder einmal eine Salamischeibe mehr auf der Traktandenliste. Wir wehren uns entschieden gegen diese Salamitaktik.

Immer wenn es darum geht, irgendwo in der Stadt oberirdische Parkplätze zu vernichten und damit den auswärtigen Stadtbesuchern Steine in den Weg zu legen, wird unter dem mittlerweile langweilig gewordenen Deckmantel "Begegnungszone" ein Vorstoss eingereicht.

Die ganze Innenstadt und Altstadt ist Begegnungszone. Wir haben beim Trafo eine Begegnungszone. Wir haben einen Stadtpark, eine Limmatpromenade, ein Bäderquartier usw. Es braucht schlicht keine neuen Begegnungszonen. Dazu kommt, dass sie weder sinnvoll noch notwendig ist. Die Zufahrten zum Coop- und Gstühl-Parkhaus und dem ansässigen Gewerbe würden für auswärtige Stadtbesucher massiv erschwert.

Der Fussweg vom Bahnhof führt, wie beschrieben, unter der Langhausunterführung, und beim Erreichen der Dynamostrasse besteht die Möglichkeit, auf überbreiten Trottoirs entweder links oder rechts am AZ-Hochhaus vorbei zu gehen. Dahinter wimmelt es von Fussgängerstreifen mit Lichtsignalregelung. Es ist nicht nachvollziehbar, dass genau die Postulanten immer wieder betonen, wie wichtig Bewegung ist, und auf der anderen Seite es aber nicht zumutbar sein soll, 150 m zu einem Fussgängerstreifen oder einer Bushaltestelle zu gehen.

Aufgrund der Erläuterungen wird die SVP das vorliegende Postulat nicht überweisen.

### **Fritz Bosshardt**

Es geht beim Postulat um einen Prüfungsantrag und noch nicht um die Umsetzung. Wir sind alle keine Experten. Man soll die Situation prüfen und eine Stellungnahme abgeben, die im KGV nicht gemacht wird. Im KGV befindet sich eine Karte mit grünen und blauen Flächen, ohne eine Begründung. Wir wollen aber eine Begründung.

Es handelt sich hier um einen Platz und nicht um zwei Strassen. Der Platz dient der Erschliessung des Martinsbergquartiers. Die Verbindung vom Bahnhof in das Martinsbergquartier führt über diesen Platz. Hier braucht es eine bessere Lösung. Ein Auftrag zur Überprüfung bedeutet, dass vielleicht nur ein Teil davon oder sogar nichts umgesetzt wird. Es kann aber auch sein, dass man in diesem Bereich eine Platzgestaltung zulassen würde.

Ich stimme Stefan Jaecklin zu, dass es eine komplexe Situation ist. Die Situation ist ähnlich komplex wie beim Oberen Bahnhofplatz, wo niemand auf die Idee käme, Tempo 30 zu fordern. Wir können vielleicht aus diesem Beispiel lernen.

### **Nathalie Flückiger**

Ich möchte das Votum von Fritz Bosshardt nochmals bekräftigen. Ich zitiere aus dem Postulat: "Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie der Perimeter um das AZ-Hochhaus attraktiver gestaltet und die Verkehrssicherheit verbessert werden kann."

Ich verstehe nicht, wie man dagegen sein kann, etwas attraktiver zu gestalten und die Verkehrssicherheit zu verbessern.

### **Sarah Wiederkehr**

Die Prüfung an sich wird im KGV gemacht. Was nicht gemacht wird, ist die Berichterstattung über die Prüfung. Es wird nicht aufgelistet, weshalb etwas nicht entschieden wurde. Die Stadtverwaltung hat uns aber bestätigt, dass im KGV die Tempo 20- und die Tempo 30-Zonen geprüft wird.

### **Nadia Omar**

Das letzte eingereichte Postulat zu diesem Thema war dasjenige betreffend Bahnhofstrasse, der Perimeter zwischen dem Coop-City und der Tunnelgarage. Wir hätten uns auch dort einen innerstädtischen Platz gewünscht. Wir haben einen enorm spannenden Bericht zu städtebaulichen Fragen erhalten. Es hiess, es seien diverse Geländer abgebaut worden. Ich weiss nicht, ob Sie die Situation dort schon einmal beobachtet haben? Die Leute sitzen nun auf dem kleinen



Rand, auf dem früher das Gelände stand. Irgendwie wirkt der ganze Strassenabschnitt so viel freundlicher! Wir wünschen uns ja nicht die perfekte italienische Piazza! Wir wissen auch, dass man die Situation nicht von heute auf morgen ändern kann. Wir wollen, dass der ganze Perimeter geprüft wird. Vielleicht kann man einfache, günstige Änderungen anbringen. Die Situation würde jedoch städtebaulich angeschaut, und genauer geprüft als dies im KGV gemacht wird.

### **Antonia Stutz**

Ich bin direkte Anwohnerin der Stadtturmstrasse. Weil man das Tempo an dieser Stelle reduziert hat, hat man die Fussgängerstreifen aufgehoben. Das heisst, man kann dort überall laufen. Wenn ich ins Büro gehe oder in den Coop, kann ich einfach die Strasse überqueren, sofern kein Auto kommt. Von diesem Standpunkt aus gesehen, ist es bereits eine Begegnungszone, und die Wege sind kurz.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Das war eine spannende Diskussion. Der Stadtrat prüft die Situation im Rahmen des KGV sowieso. Es ist jedoch richtig, dass es keine Berichterstattung dazu gibt. Der Stadtrat ist bereit, an diesem Ort eine Prüfung vorzunehmen, wenn der Einwohnerrat uns den Auftrag dazu erteilt.

### **Beschluss:**

Das Postulat Nadia Omar vom 17. Oktober 2019 betreffend Begegnungszone beim AZ-Hochhaus wird überwiesen (25 Ja- zu 22 Nein-Stimmen).

## **6. Postulat Margreth Stammbach vom 16. Oktober 2019 betreffend Baden wird "Fair Trade Town" (51/19); Antrag auf Überweisung**

### **Michael Staubli**

"Fairer Handel ist nicht nur edel, sondern eine ethische Notwendigkeit." Das hat der ehemalige Gemeindepräsident von Glarus Nord, Martin Laupper von der FDP, gesagt.

Margreth Stammbach hat das Postulat im letzten Herbst eingereicht, mit dem Ziel, dass Baden mit dem Label "Fair Trade Town" ihre Haltung nach aussen trägt.

### **Doris von Siebenthal**

Als Berner Oberländerin habe ich nach anderen Fair Trade Towns in der Schweiz gesucht. Frutigen, Zweisimmen und Bundesstadt Bern sind bereits zertifiziert. Weiter interessieren sich Aarau, Basel, Biel, Vaduz und weitere. Ich finde, Baden sollte da vorne mitspielen. Es gibt keinen Grund, weshalb wir hinter den Frutigern herhinken sollten.

Während der Lockdown-Zeit habe ich einen Flyer mit einem Herz des hiesigen Gewerbes erhalten. Ich habe zuerst gedacht, es sei eine Hochzeitsanzeige. Es war eine Anzeige für lokales Einkaufen. Das ist Fair Trade! Unsere Gesellschaft lebt davon, dass wir fair sind. Fair zu denen, die produzieren und fair zu denen, die transportieren. Es ist eine Wertschätzung gegenüber den Menschen, die daran arbeiten, dass die Waren zu uns in die Läden gelangen. Das ist unsere

wichtigste soziale Verantwortung. Eine gesunde, stabile Zivilgesellschaft kann sich auf Dauer nicht auf Wanderarbeiter stützen. Genau das fördern wir nämlich, wenn man die Produkte aus dem Ausland nicht fair bezahlt. Dann kommen die Leute zu uns.

### **Tobias Vonesch**

Was schreibt sich die Stadt Baden nicht alles auf die Fahne! Clean and Safe, Quality our Passion, Wellness Destination, Unicef – kinderfreundliche Gemeinde, Energiestadt Gold und kürzlich auch noch Wakkerpreis-Trägerin. Jetzt will Baden auch noch Fair Trade Town werden. Ich nehme nicht an, dass all die Zertifizierungen auffallen, ausser vielleicht die Tatsache, dass das Leben in der Stadt Baden nicht günstig ist.

Bei diesem Label müsste sich die Stadt verpflichten, eine Arbeitsgruppe einzurichten. Restaurant- und Hotelleriebetriebe müssten mindestens drei Fair Trade-Produkte ins Sortiment aufnehmen, der lokale Detailhandel mindestens fünf Produkte und es kommunizieren.

Wenn ich mich in Baden umschaue, glaube ich, dass wir von diesem Zertifikat nicht so weit weg sind. In unseren Leitbildern und Konzepten treffen wir überall Stossrichtungen auf Nachhaltigkeit und Fair Trade. Brauchen wir das Label wirklich? Das, was uns das Label garantiert, ist ein Apéro mehr pro Jahr. Für einen Apéro lohnt sich so eine Fussfessel definitiv nicht. Es gibt schliesslich genug Apéros, an denen vor allem die Mitglieder des Einwohnerrats, aber auch die Bevölkerung teilnehmen können. Es braucht in unseren Augen auch keine weitere Arbeitsgruppe.

Sagen wir einfach Nein zu Arbeitsgruppe, Apéro und Label und seien wir stolz darauf, dass wir uns auch ohne dieses Label auf einem guten Weg befinden!

Die SVP wird das Postulat einstimmig nicht überweisen.

### **Romina Ettisberger**

Nachhaltigkeit, Regionalität, Anti-Plastik und Fair Trade sind alles wichtige Punkte in einer Unternehmung. Als Gastronomin finde ich jedoch, dass diese Punkte individuell im Betrieb geprüft und optimiert werden müssen, dort wo es Sinn macht. Taten statt Labels!

Mit Fair Trade Town würde dies durch die öffentliche Hand reguliert, was notabene einen Mehraufwand für die Stadt bedeuten würde, indem dem Gewerbe und der Gastronomie Auflagen auferlegt würden. Dies scheint mir der falsche Weg zu sein und würde die unternehmerische Freiheit einschränken.

Die FDP wird die Überweisung ablehnen.

### **Lukas Eberle**

Die CVP wird das Postulat überweisen. Wir glauben, dass eine Prüfung sinnvoll ist. Wir sind der Ansicht, dass man eigentlich gar nicht gegen Fair Trade sein kann. Es ist unsere ethische Verpflichtung, uns für Fair Trade einzusetzen. Wir wollen nicht, dass Kinder für Geld arbeiten müssen, dass Arbeiterinnen und Arbeiter einen unfairen Lohn erhalten usw.

Wir von der CVP wollen lediglich, dass man den Aspekt Kosten – Nutzen prüft. Die Messlatte für das Label ist nicht allzu hoch. Es ist jedoch mit einem Aufwand verbunden, sowohl für die Stadt als auch für die "betroffenen" Unternehmen. Ich bin auch der Ansicht, dass wir uns schon fast auf diesem Level befinden. Wir sind für eine Prüfung. Danach sollte man sich jedoch überlegen, ob es sich lohnt. Würde es tatsächlich einen Mehrwert für die Stadt darstellen, und was würde es die Stadt jährlich kosten?

Wir werden das Postulat überweisen.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Wenn Sie uns den Auftrag erteilen, werden wir die Angelegenheit prüfen.

### **Beschluss:**

Das Postulat Margreth Stammbach vom 16. Oktober 2019 betreffend Baden wird "Fair Trade Town" wird überwiesen (25 Ja- zu 21 Nein-Stimmen).

### **7. Postulat Tobi Auer und Selena Rhinisperger vom 10. Dezember 2019 betreffend Verbindliche Abklärungen zu Photovoltaik-Anlagen bei städtischen Liegenschaften (72/19); Anträge auf Überweisung, Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung**

#### **Tobias Auer**

Wir stimmen der Überweisung und Abschreibung zu. Allerdings möchten wir bei dieser Gelegenheit noch etwas loswerden:

Das Ziel des Postulats war es, die Verbindlichkeit von Photovoltaik-Abklärungen sicherzustellen und das Resultat dieser Abklärungen direkt in die Baukreditgenehmigung einfließen zu lassen.

In der Einwohnerratsvorlage heisst es, die Abklärungen **sollen** durchgeführt werden. Unter Verbindlichkeit verstehen wir etwas Anderes. Wenn Christian Vogler und Manfred Schätti einmal über alle Berge sind, und wir alle in diesem Saal uns nicht mehr an die heutige Sitzung erinnern können, hat das "**sollen**" leider nichts gebracht.

In der Einwohnerratsvorlage steht, die Berichterstattung **könne** erfolgen. Die Berichterstattung wäre das beste Marketing für Photovoltaikanlagen und würde Privaten Impulse geben, ebenfalls solche Abklärungen zu treffen.

Aus unserer Sicht sind hier leider zwei Chancen verpasst worden.

#### **Benjamin Steiner**

Aufgrund der Verwandtschaft der Materie erlaube ich mir bei meinem Votum, auch ein paar Bemerkungen zum nachfolgenden Traktandum einfließen zu lassen.

Wir erleben in diesen Minuten einen seltenen Moment, wo sich alle im Einwohnerrat, von links bis rechts, einig sind, sei es in der Legislative wie in der Exekutive. Die Sonne scheint für alle,

und erst noch gratis. Es gibt deshalb keinen Grund, diese Energie nicht zu nutzen. Diese Einigkeit ist selten und alles andere als selbstverständlich. Ich erinnere daran, dass wir nicht alle gleichzeitig zu dieser Erkenntnis gelangt sind. Einige von uns wussten es schon länger, anderen musste Greta Thunberg nachhelfen. Die ganz Hartnäckigen überzeugte Petra Gössi. Was zählt ist die Einigkeit bei dieser Frage. Deshalb stimmen wir fröhlich in den Chor ein. Lassen Sie uns Solarzellen auf jeden Ziegel, auf jede Hauswand, an jeden Kamin und auf jedes Flachdach anschrauben – bei Neubauten und Renovationen, wie es Tobias Auer und Selena Rhinisperger fordern, aber auch bei bestehenden Liegenschaften, wie es sich Mark Füllemann und Stefan Jaecklin wünschen.

Auf einen Nenner gebracht, kann man es so ausdrücken: "Jedes Watt zählt."

Das team baden wird deshalb selbstverständlich allen drei Anträgen zustimmen. Den beiden Anträgen zum vorliegenden Postulat und auch der Überweisung des Postulats Mark Füllemann und Stefan Jaecklin.

Bei aller Euphorie und Glückseligkeit erlaube ich mir noch eine Bemerkung: Beim team baden beschäftigen wir uns schon längerem mit Energie- und Umweltfragen. Wir haben gelernt, dass es selten eine einzige Lösung für alle Probleme gibt. In diesem Sinn sind wir froh um die Bemerkung des Stadtrats, dass man neben der Erzeugung von Strom und Wärme noch weitere Ansprüche berücksichtigen muss, insbesondere die Begrünung. Das hat man heute bei der grossen Hitze gemerkt. Man kann dieses Problem nicht einfach wegdiskutieren. Die Bemerkung von Mark Füllemann und Stefan Jaecklin beim nächsten Traktandum, dass die Begrünung als Konkurrenz zum Solarstrom zu verstehen sei, ist aus unserer Sicht falsch. Wir müssen aufpassen, dass bei der blinden Jagd nach Energie nicht plötzlich die Lebensqualität im städtischen Raum auf der Strecke bleibt.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Danke für die gute Aufnahme der Vorlage. Politische Vorstösse werden von der Verwaltung beantwortet. Wenn die Mitarbeitenden "über alle Berge gehen" nehmen sie diese jedoch nicht mit, die Vorlagen bleiben gültig.

### **Beschluss:**

Das Postulat Tobi Auer und Selena Rhinisperger vom 10. Dezember 2019 betreffend Verbindliche Abklärungen zu Photovoltaik-Anlagen bei städtischen Liegenschaften wird überwiesen (grossmehrheitlich).

### **Beschluss:**

Das Postulat wird nach Kenntnisnahme vom vorliegenden Bericht als erledigt abgeschrieben (grossmehrheitlich).

## **8. Postulat Mark Füllemann und Stefan Jaecklin vom 29. Januar 2020 betreffend Solar- und Photovoltaikanlagen auf den Dächern und an Fassaden städtischer Liegenschaften (08/20); Antrag auf Überweisung**

### **Mark Füllemann**

Mein erster Lateinlehrer an der Bezirksschule Zurzach war Hans Vögtlin, der bald nach Baden umzog. Bei ihm lernte ich den Ausdruck "Exempla trahunt" kennen: "Beispiele ziehen mit, regen an". Genau dies ist die Stossrichtung unseres Postulats. Wir sind überzeugt, dass Beispiele, die besichtigt werden können und von denen gemessener Aufwand und Ertrag verfügbar sind, viel mehr Wirkung erzielen als Seiten voller Vorschriften.

Private bauen keine Werkhöfe, Schulhäuser und Hallenbäder. Gebäude also, die immer wieder als Beispiele von Solar- und Photovoltaikanlagen aufgeführt werden. Die Stadt Baden verfügt zusammen mit der Ortsbürgergemeinde über einen grossen Liegenschaftenbestand, der auch Privaten gehören könnte. Wir erwarten einen Vorschlag, wie einzelne dieser Liegenschaften schnell, auch ausserhalb des Instandhaltungszyklus, "solar" aufgerüstet werden könnten. Mit der bisherigen Praxis, wie in der vorangegangenen Postulatsantwort erwähnt, geht es nicht schnell genug.

### **Michael Rinderknecht**

Solarenergie ist gute Energie. Gemäss dem von Tobias Auer und Selena Rhinisperger zitierten NZZ-Artikel ist die Sonne die einzige Hoffnung, die uns bleibt, da alle anderen Energieformen entweder erschöpft oder verpönt sind. Man hat sogar ausgerechnet, dass der schweizerische Energiebedarf von jährlich 58 Terawatt-Stunden mit 9 Terawatt-Stunden übertroffen werden könnte mit der Produktion durch Wärme- und Solarpanel, wenn man Schweiz weit jedes Gebäude damit zupflastern würde. Was liegt näher, als sich zur Sonnenenergie zu bekennen, wie das jetzt die FDP offenbar auch tut. Was soll damit überhaupt für ein Ziel verfolgt werden? Wieso sollen sich die Stadt und Private von der etablierten Stromversorgung zugunsten der Solarenergie verabschieden? Offenbar wollen die Postulanten Treibstoff für Elektrofahrzeuge nach dem Vorbild chinesischer Mega-Cities, die in der Regel Mega-Staudämme oder ganze Batterien von Kern- und Kohlekraftwerken vor der Haustüre haben, herstellen. Das steht im Gegensatz zum Ansatz der Stadt, die derart generierte Energie lieber vor Ort, d. h. im produzierenden Gebäude selber verbrauchen will.

Es stellt sich generell die Frage, ob ergänzender oder ersetzender Strom produziert werden soll.

Zum ersetzenden Ansatz:

Unser Strom ist komplett CO<sub>2</sub>-frei und besteht 2/3 aus Atomstrom und 1/3 aus Wasserkraft. Die einseitige Förderung der Solarenergie durch garantierte Einspeisevergütungen und etliche sonstige Subventionen zerstört die bestehenden Energielieferantenpreise. Bei der Atomkraft mag das in manchen Kreisen erwünscht sein. Ob man die FDP zu diesen Kreisen zählen muss, wird die Zukunft weisen. Bei der Wasserkraft hingegen wird dieser Effekt von niemandem getragen. Er stellt sozusagen einen Kollateralschaden der heutigen Energiepolitik dar.

Zum ergänzenden Ansatz:

Es wird ausgeführt, dass der Umweltptraum, dass sich die gesamte Menschheit künftig auf giftigen Batterien durch die Gegend bewegen wird, viel früher stattfinden wird als gedacht. Es ist somit klar, weshalb man insgesamt massiv mehr elektrischen Strom produzieren muss. Macht

man es mit Solarstrom, hat man ein gravierendes Problem, nämlich die fehlende Sonneneinstrahlung im Winter. Was tun? Überteuerten Kohlenstrom aus Deutschland oder Atomstrom aus Frankreich beziehen, um das Delta zu decken? Was ist mit der Eigenversorgung? Solarstromproduktion ist nicht ganzjährig möglich. Weiterhin CO<sub>2</sub>-freier Strom im Netz zur Verfügung haben? Wenn deutscher Kohlenstrom gekauft oder eigene Gaswerke gebaut werden müssen, werden wir unsere CO<sub>2</sub>-Bilanz verschlechtern. Im Fall der Schweiz würde breitflächiger Solarstrom einen Rückschritt bedeuten. Ich verweise gerne auf das Statement von Greta Thunberg zur Atomkraft vom 17. März 2019. Wenigstens können die etablierten schweizerischen Stromproduzenten im Winter höherer Preise verlangen, nachdem wir ihnen im Sommer mit der vollen Kraft des Steuerzahler-Portemonnaie, resp. mit masslosen Subventionen für Sonnenenergie, die Preise und den Markt "verhagelt" haben.

Fazit:

Die Sonnenenergie ist keine Bandenergie, die durchgehend liefern kann. Die bestehende Strominfrastruktur muss für die Wintermonate sowieso beibehalten werden. Es gibt bis heute keine vernünftigen Ansätze für entsprechende Speichertechnologien.

Wir stellen fest, dass die Solarenergie in der breitflächig propagierten Form eine parasitäre Energieform ist, die die bestehenden Produzenten finanziell schädigt und schwächt, im Winter nichts anzubieten hat und die Eigenversorgung des Landes in Frage stellt. Die breitflächige Solarenergie ist ein Irrweg, ein direkter Angriff auf den Industrie- und Werkplatz Schweiz, und somit auf unser aller Wohlstand und Wohlfahrt.

Deshalb fragen wir nochmals: Wieso sollen wir diesen Weg beschreiten? Was erhofft man sich bei der Förderung des solaren Wegs, ausser der Anerkennung der eigenen moralischen Überlegenheit? Und das im besten Sinn des Wortes "postfaktisch"!

Die SVP Baden lehnt die Überweisung des Postulats ab.

### **Adrian Humbel**

Bei den flammenden Statements kam ein paar Mal die FDP vor. Ich möchte eine Bemerkung zum Votum von Benjamin Steiner anbringen:

Wir haben die Vorstösse nicht etwa wegen Greta Thunberg usw. eingereicht, sondern einzig und allein, weil sich auf dem Solarmarkt vieles geändert hat. Es war daher richtig, eine Anschubfinanzierung gemacht zu haben. Wir distanzieren uns jedoch nach wie vor von einer breiten Subventionspolitik.

Die FDP realisiert, dass heute eine Rendite höher ausfallen kann ohne Subventionen, wenn man Solar- oder Photovoltaikanlagen auf dem Dach hat, als von der Liegenschaft selber. Die Photovoltaik bringt heutzutage eine gute Rendite und ist deshalb ein Selbstträger. Beim Problem des Winterstroms sind wir der gleichen Meinung wie Michael Rinderknecht.

### **Tobias Auer**

Michael Rinderknecht hat Recht, dass es im Winter ein Problem mit der Erzeugung von Solarstrom gibt. Da hat man zwei Möglichkeiten: Entweder steckt man den Kopf in den Sand oder man sorgt dafür, dass sich die Technologie weiterentwickelt, sodass es in Zukunft auch im Winter klappt.

## **Markus Schneider, Stadtmann**

Der Stadtrat wurde beauftragt, zu prüfen, welche Gebäude im städtischen Besitz sich eignen würden, bis 2022 mit einer Photovoltaik- oder einer Solaranlage auf Fassaden oder Dächern ausgerüstet werden könnten. Wir sind bereit, diesen Auftrag auszuführen und die Angelegenheit zu prüfen.

### **Beschluss:**

Das Postulat Mark Füllemann und Stefan Jaecklin vom 29. Januar 2020 betreffend Solar- und Photovoltaikanlagen auf den Dächern und an Fassaden städtischer Liegenschaften wird überwiesen (grossmehrheitlich).

### **9. Postulat Stefan Jaecklin und Mark Füllemann vom 3. Februar 2020 betreffend Administrative Erleichterung Einbau Luft-Wasser Wärmepumpe bis 50 kW (10/20); Antrag auf Nichtüberweisung**

#### **Stefan Jaecklin**

Es geht für einmal nicht um Geld, nicht um neue Subventionen, nicht um einen Kredit und nicht um eine Förderung. Es geht einzig und allein darum, Hürden abzubauen. Der Preis: CHF 0! Benefit: Falls es gelingen würde, wäre es ein massiver Beitrag für die Umwelt. Die meisten von Ihnen haben zuhause eine Öl- oder eine Gasheizung, welche irgendwann ihr Lebensende erreichen wird und ein Ersatz ansteht. Die Heizungsfirma bietet eine neue Heizung an, welche in einer Woche eingebaut werden kann. Das ist allerdings wiederum eine fossile Heizung. Das Umweltproblem ist nicht gelöst. Eine Alternative wäre beispielsweise eine Luft-Wasser Wärmepumpe. Hier dauert der ganze administrative Prozess jedoch ca. zwei bis drei Monate. Wie vom Stadtrat dargelegt, sei das nicht so einfach. Ich habe selber eine Luft-Wasser Wärmepumpe bei mir zuhause installiert. Es braucht dazu eine Planskizze und einen Umgebungsplan. Sie müssen ein Baugesuch einreichen und einen Lärnmachweis mit Unterschriften für das Einverständnis der Nachbarn erbringen. Es dauert einige Wochen, bis eine Antwort eintrifft, die natürlich positiv ausfällt. Danach müssen Sie noch Gebühren bezahlen. Schliesslich erfolgt Monate später noch eine Kontrolle. Bei meiner Wärmepumpe habe ich Anfang November mit dem Prozess gestartet, und in der zweiten Hälfte Januar konnte ich mit den Arbeiten weitermachen. Es wäre natürlich einfacher gewesen, eine Gasleitung hinzustellen.

Bei dieser Luft-Wasser Wärmepumpe geht es nicht um die kleine Box vor dem Haus, welche nur 1,20 m breit und 1 m hoch ist. Es geht hier nur um den Lärm, der die Wärmepumpe verursacht. Sie erinnern sich bestimmt an alte, lärmige Wärmepumpen. Die Lärmemissionen wurden in den letzten 10 bis 15 Jahren jedoch massiv reduziert. Eine Qualitätswärmepumpe verursacht heute einen Lärm von maximal 30 dB. Flüstern verursacht z. B. mehr als 30 dB. Der Kühlschrank verursacht deutlich mehr Lärm. 40 % unseres CO<sub>2</sub>-Ausstosses kommt von der Heizung. Jetzt haben wir ein Mittel, eine Technologie, wie man den CO<sub>2</sub>-Ausstoss auf null reduzieren kann. Ich finde, das sind "low-hanging-fruits", wie die Amerikaner sagen.

Ich weise an dieser Stelle darauf hin, dass es sich um ein Postulat und nicht um eine Motion handelt. Bei einem Postulat erwartet man Ansätze, die auch Alternativen aufzeigen. Das Ziel ist, die administrativen Hürden abzubauen. Es kann nicht sein, dass für ein solch kleines Gerät, das einen Lärm wie von einem Flüstern verursacht, zwei bis drei Monate warten muss, um es in Betrieb nehmen zu können. Die Abklärungen dürften höchstens eine Woche dauern.

Ich gebe ein paar Beispiele:

Wenn das Gerät 35 dB unterschreitet, könnte man ein Bagatellverfahren durchführen. Man könnte einen Schritt weitergehen und Lärm unter 35 dB als unbedeutend einstufen. Dieser Punkt könnte auch ganz wegfallen, da Lärmemissionen nämlich national geregelt werden. Abklärungen werden nur bei bedeutendem Lärm getroffen.

Ich weise darauf hin, dass wir nicht die einzigen wären, die solche Luft-Wasserpumpen anders regulieren würden. In Baselland braucht es z. B. keine Bewilligung. Baselstadt ist am Abklären. Wir würden jedenfalls einen Schritt vorwärtsgehen.

Wir verfügen heute über intelligente, verträgliche, ökonomisch sinnvolle und umweltschützende Technologien. Wir müssen solche Technologien nutzen und nicht gegenüber den alten Technologien benachteiligen.

Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen, damit der Stadtrat entsprechende Abklärungen durchführen kann.

### **Thomas Rimann**

Die SVP hat sich ebenfalls mit diesem Thema auseinandergesetzt. Wir sind die ersten, die straffe und einfache Prozeduren unterstützen, um den Verwaltungsapparat schlank und fit zu erhalten. Wir müssen aber klare Regeln beim Zusammenwohnen haben. Ich habe die gleiche Erfahrung wie Stefan Jaecklin gemacht. Für das gleiche Projekt habe ich vier Wochen gebraucht. Wir sind der Auffassung, dass man so ein Verfahren vereinfachen kann. Wir legen jedoch Wert darauf, dass die Regeln für alle gleich sind. Es wurden die Kosten angesprochen. So ein Verfahren kostet etwa CHF 200, was machbar ist. Über die Form des Verfahrens sind wir offen.

Aus diesem Grund beantragen wir Nichtüberweisung des Postulats.

### **Hubert Kirrmann**

Das Postulat Stefan Jaecklin und Mark Füllemann möchte Wärmepumpen fördern und damit zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses beitragen. Das hat meine Sympathie. Die administrativen Hürden kenne ich aus eigener Erfahrung. Leider ist die Abschaffung des Bewilligungsverfahrens weder möglich noch sinnvoll. Wenn keine Bewilligung vorliegt, werden Gerichte die Klagen der Nachbarn behandeln müssen.

Die SP-Fraktion lehnt deshalb eine Überweisung des Postulats ab.

### **Benjamin Steiner**

Adrian Humbel hat vorhin gesagt, sie hätten die Vorstösse eigentlich nur aus wirtschaftlichen Überlegungen eingereicht. Eigentlich seien sie gar nicht "grün". Jetzt kommt aber das nächste "grüne" Postulat. Ich glaube, sie haben Angst davor, zuzugeben, dass sie "Gutmenschen" sind. Wir freuen uns sehr darüber. Wir finden, dass sie auf dem richtigen Weg sind.

Bei diesem Postulat werden wir jedoch trotzdem, nach reiflicher Überlegung und intensiven Abklärungen, dem Antrag des Stadtrats auf Nichtüberweisung zustimmen. Der Stadtrat behauptet, dass eine Selbstdeklaration gegen übergeordnetes Recht verstossen würde. Die Juristen der



Stadtverwaltung konnten mir das nicht bestätigen. Was man meines Erachtens mit Sicherheit sagen kann, ist, dass das Postulat Jaecklin/Füllemann weder den Bauherren noch der Umwelt viel bringen würde. Die Postulanten begründen ihr Anliegen damit, viele Hausbesitzer würde das aufwändige und komplizierte Bewilligungsverfahren und die hohen Kosten abschrecken. Was bedeutet das konkret? Wir haben die Varianten der SVP und der FDP gehört. Beim einen hat es zwei Monate, beim anderen drei Wochen gedauert. Laut Stadtverwaltung sind es in Zahlen ausgedrückt: im Bagatellverfahren CHF 150. Der zuständige Planer der Regionalwerke prüft für dieses Geld, neben dem maximalen Schallwert, noch weitere Faktoren, nämlich die Anordnung der Geräte auf dem Grundstück und die Beschaffenheit und Form der Fassade. Das hat einen grossen Einfluss. Je nachdem, wo das Gerät steht, kann es sein, dass die Fassade, den Windtrichter, den Schall in eine Richtung sendet, was wiederum zu laut wäre. Auch die Art der Zone wird geprüft und die effektive Schalleistung des Geräts in Watt und nicht nur der Schalldruck in Dezibel.

Ich wage deshalb zu behaupten, dass wenn Sie nicht zu den beneidenswerten Individuen gehören, die die Schallintensität in Watt pro Quadratmeter von der Schallenergiedichte in Wattsekunden pro Kubikmeter unterscheiden können, Ihnen die CHF 150 wahrscheinlich wert sind.

Zum aufwändigen und komplizierten Verfahren:

Wir haben von den zwei Varianten bereits gehört. Die Stadtverwaltung sagt, wenn die Unterschriften der Nachbarn erbracht sind, dauere es noch zwei Wochen. Das Einholen der Unterschriften der Nachbarn ist sowieso sinnvoll. Man will ja schliesslich im Nachhinein keine Klagen und keine Gerichtsverfahren. Mir scheint die Dauer von drei Wochen vertretbar. Bei Stefan Jaecklin hat die Planung der Anlage Monate gedauert. Man muss sich ohnehin intensiv mit einem solchen Projekt auseinandersetzen. In diesen drei Wochen könnte man sich ja überlegen, ob es nicht besser wäre, eine Erdsondenheizung einbauen zu lassen, die zwar teurer aber dafür noch umweltfreundlicher ist.

Zusammenfassend finden wir die Idee des Bürokratieabbaus als Mittel für angewandten Umweltschutz gut und unterstützenswert. Im vorliegenden Fall gewichten wir aber den minimalen Zugewinn an Freiheit kleiner als der potentielle Schaden, der eine Abschaffung dieser Bewilligungspflicht für Wärmepumpen anrichten könnten.

### **Daniel Glanzmann**

Wärmepumpen! Tönt gut und umweltfreundlich. Im Winter ist es jedoch oft eine Elektroheizung. Wir kümmern uns auch um die Umwelt, aber die Schweiz bezieht jetzt schon Atomstrom aus Frankreich. Wir sind dagegen. Die Atomkraftwerke in der Schweiz haben wir im Griff, diejenigen im Ausland nicht. Die Wärmepumpe heizt im Winter aus der -5°C-Luft. Wenn wir schliesslich aus diesen Gründen unsere Atomkraftwerke abstellen und die Lücken aus Strom von Kernkraftwerken füllen, die wir nicht im Griff haben, ist das ein Problem. Deshalb sind wir bei diesem Thema eher zurückhaltend.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Ich bedanke mich für die Auseinandersetzung mit der Vorlage. Diverse Redner haben gesagt, dass ihnen ein einfaches, günstiges und schnelles Verfahren wichtig sei. Es soll zwischen CHF 150 und 200 kosten und zwischen drei bis vier Wochen dauern. Bei Stefan Jaecklin dauerte es zwei bis drei Monate.

Wir haben die Angelegenheit bereits geprüft und in der Vorlage das kürzeste Verfahren dargelegt. Wir beantragen Nichtüberweisung des Postulats, weil es eines Baubewilligungsverfahrens bedarf. Das kürzeste Verfahren ist das Bagatellverfahren, wenn die Unterschriften der Nachbarn eingeholt wurden. Ich kann euch aus Erfahrung sagen, dass die Leute auf Lärm extrem empfindlich sind. Es sind wenig Anlagen, die ohne Einwendungen genehmigt werden. Benjamin Steiner hat die Erdsondenheizung erwähnt. Sie ist im kantonalen Gesetz ausgenommen. Man kann eine Erdsondenheizung ohne Bewilligung einbauen.

Ich muss noch eine Fehlinformation berichtigen: Baselstadt genehmigt Wärmepumpen im Innenraum ohne Verfahren. Das machen wir in Baden schon seit Jahren. Hier geht es um Wärmepumpen im Aussenraum.

Wir bitten Sie, das Postulat nicht zu überweisen.

### **Beschluss:**

Das Postulat Stefan Jaecklin und Mark Füllemann vom 3. Februar 2020 betreffend Administrative Erleichterung Einbau Luft-Wasser Wärmepumpe bis 50 kW wird nicht überwiesen (grossmehrheitlich).

## **10. Lang pendente parlamentarische Vorstösse; Kenntnisnahme von den (Zwischen-)berichten, teilweise Abschreibungen (18/20)**

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Zuerst kann man generelle Äusserungen anbringen. Danach werden wir spezifisch über die beiden Motionen Reto Huber und Mark Füllemann diskutieren.

### **Adrian Humbel**

Mit etwas Erstaunen und etwas Verständnis hat die FDP-Fraktion die Vorlage zu den lang pendenden parlamentarischen Vorstössen diskutiert. Wir haben dazu drei Erwägungen:

#### **1. Schleppende Bearbeitung von Vorstössen.**

Erstaunen deshalb, weil der Stadtrat laut Geschäftsreglement des Einwohnerrats, § 33 und § 34, dem Einwohnerrat spätestens nach einem Jahr mindestens einen Zwischenbericht zum Stand der Dinge zu überwiesenen Postulaten und Bericht und Antrag zur Umsetzung von Motionen zu unterbreiten hat.

Die vorgelegten Zwischenberichte gehen auf Vorstösse von 2011, 2014 und 2017 zurück. Die genannte Frist wurde dabei um ein Vielfaches überschritten. Somit muss dem Stadtrat eine kleine Rüge für die schleppende Behandlung erteilt werden.

#### **2. Aufräumen.**

Wir haben Verständnis dafür, dass der Stadtrat anscheinend die Corona-Zeit genutzt hat, um – wie viele andere auch – einen Frühlingsputz durchzuführen und dabei auf die "Leichen im

Keller" gestossen ist. Dass er diese aus den "Nibelungen" herausgeholt und in einem zusammengefassten Traktandum zur Kenntnisnahme und teilweisen Abschreibung vorgelegt hat, ist richtig und verdient Beachtung. In diesem Sinne ist dem Stadtrat ein Lob auszusprechen.

### 3. Stellungnahme zu den Anträgen.

Die Anträge auf Kenntnisnahme und teilweise Abschreibung der lange pendenten Vorstösse sind aus Sicht der FDP-Fraktion nachvollziehbar und stimmig. Deshalb wird die FDP den Anträgen des Stadtrats zustimmen.

### **Markus Schneider, Stadtammann**

Lieber Adrian Humbel: Wir machen das schon seit mehreren Jahren. Wir bringen die lang pendenten Vorstösse mit Zwischenberichten. Es sind zum Teil eben die gleichen Vorstösse dabei. Die Motion Huber z. B., die wir heute Abend zur Abschreibung empfehlen, war letztes Mal auch schon dabei. Sie musste mittels Optima und durch die Budget-Kommission überprüft werden. Seit der Anpassung des Geschäftsreglements des Einwohnerrats 2018 führen wir die Berichterstattung regelmässig durch. Ich verstehe deshalb die leichte Schelte nicht ganz. Über den Vorstoss von Karin Bächli beispielsweise werden wir Bericht erstatten, wenn die Behandlung der Brown-Boveri Platzes in Angriff genommen wird.

Wir erachten es als wichtig, einmal im Jahr Bericht zu erstatten. Deshalb stellen wir jeweils einen Sammelantrag.

### **Beschluss:**

Die (Zwischen-)Berichte zu den lang pendenten Vorstössen werden zur Kenntnis genommen (einstimmig).

Die Motion Reto Huber vom 10. Juni 2014 betreffend Produktebudget (36/14) wird abgeschrieben (grossmehrheitlich).

Das Postulat Mark Füllemann vom 14. Oktober 2016 betreffend Transparenz der Entscheidungen der Finanzkommission (62/16) wird abgeschrieben (grossmehrheitlich).

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Das betreffende Postulat habe ich selber eingereicht und die Ersatzwahl in die Finanzkommission betrifft mich ebenfalls. Deshalb übergebe ich das Wort für diese beiden Traktanden dem Vizepräsidenten.

### **Benjamin Steiner, Vizepräsident des Einwohnerrats**

Wir befinden uns in der bemerkenswerten Situation, dass wir zwei Mal über die gleiche Strasse diskutieren dürfen. Zuerst über das Postulat Sander Mallien über die unteren 200 Meter, wo die Strasse Burghaldenstrasse heisst und nach der Einmündung Kennelgasse sich über 300 Meter ostwärts bis zur Bushaltestelle Lindeli zieht.

Anschliessend werden im dringenden Postulat Georg Gindely über die oberen 400 Meter, die bis zum Chrättli führen und die Strasse Kennelgasse heisst, diskutieren.

Die Sache ist deshalb kompliziert, weil die meisten Leute vom Chrättli zur Mellingerstrasse oder umgekehrt fahren, und deshalb fälschlicherweise der Ansicht sind, die Burghaldenstrasse münde in die Kennelgasse und nicht umgekehrt. Deshalb liegt es in der Natur der Sache, dass die beiden Postulate inhaltlich verbunden sind. Wir werden sie aber trotzdem separat besprechen und selbstverständlich separat darüber abstimmen.

Ich weise darauf hin, dass ich Voten zu beiden Postulaten gleichzeitig zulassen werden.

#### **11. Postulat Sander Mallien vom 9. Dezember 2019 betreffend Verstetigung der Tempo 30-Zone Burghaldenstrasse (71/19); Anträge auf Überweisung, Kenntnisnahme vom Bericht und Abschreibung**

##### **Sander Mallien**

Ich möchte lediglich etwas verdeutlichen betreffend Burghaldenstrasse und Kennelgasse. Die Burghaldenstrasse ist die im Plan "grün" eingezeichnete, welche vom zukünftigen Kreisel bis zum Lindeli und zur Ruine führt. Die Kennelgasse ist die "blau" eingezeichnete. Die gefährlichen Stellen sind einerseits die Einfahrt, andererseits die Stelle, wo die Biker hinunterfahren, und der Edi Zander-Stich, wo die Velofahrer einbiegen.

##### **Markus Schneider, Stadtammann**

Sander Mallien hat vergessen zu erwähnen, dass der Abzweiger Richtung Lindeli Zubringerdienst ist. Man darf da also gar nicht durchfahren, ausser man wohnt dort oder ist Zubringer.

##### **Sander Mallien**

Obwohl ich dem Stadtammann nicht gerne widerspreche, muss ich ihn diesbezüglich korrigieren. Die Signalisation ist nicht immer eindeutig. Wenn man sich unter dem Pizza-Blitz befindet, dort wo der Kreisel hinkommt, hat es ein Fahrverbot für PKW und Motorräder. Erlaubt ist der Zubringerdienst. Dort, wo die Kennelgasse beginnt, hat es ein Fahrverbot für PKW und Motorräder, mit der Ausnahmegewilligung für Zubringer bis in die Allmend und Baldegg. Wenn man jedoch vom Chrättli herunterfährt, hat es keine Signalisation. Es ist eine seltsame Situation.

Der Abzweiger hat nochmals eine andere Signalisation. Dort ist ein Fahrverbot für Autos, Motorräder und Motorfahrräder.

##### **Beschluss:**

Das Postulat Sander Mallien vom 9. Dezember 2019 betreffend Verstetigung der Tempo 30-Zone Burghaldenstrasse wird überwiesen (grossmehrheitlich)

Das Postulat Sander Mallien vom 9. Dezember 2019 betreffend Verstetigung der Tempo 30-Zone Burghaldenstrasse wird nach Kenntnisnahme vom Bericht abgeschrieben (grossmehrheitlich).

## **1a. Dringliches Postulat Georg Gindely vom 29. Juni 2020 betreffend Prüfung der Einführung von Tempo 30 auf der Kennelgasse (34/20)**

### **Georg Gindely**

Es ist nicht einfach, Tempo 30 mit baulichen Massnahmen zu signalisieren, aber es wird trotzdem Tempo 30 eingeführt. Ich rede nicht von der Kennelgasse, sondern von den Strassen von Ennetbaden. Dort hat die Bevölkerung beschlossen, auf allen Gemeindestrassen Tempo 30 einzuführen. Wir sind uns einig, dass es in unserer Nachbargemeinde auf vielen Strassen ziemlich steil ist, und links und rechts der Strasse ab und zu ein bisschen Wald hat. Der Stadtrat findet jedoch, es sei in Baden nicht möglich, auf einem kleinen Teilstück der steilen Kennelgasse Tempo 30 einzuführen. Es sei zu kompliziert. Oder vielleicht ist man zu feige? Dabei braucht es vom Stadtrat nicht einmal viel Mut, weil die Zeichen der Zeit genau in diese Richtung zeigen. Tempo 30 in den Quartieren wird immer populärer. Das zeigt sich in Ennetbaden und in vielen anderen Gemeinden. Es ist ja nicht so, dass böse, grüne Regierungen das befehlen würden, sondern, weil es die Leute so wollen. Tempo 30 ist eine der kostengünstigsten und effektivsten Lärmschutzmassnahmen, und die Sicherheit nimmt deutlich zu.

Sander Mallien hat in seinem Postulat gesagt, er wäre froh, wenn die Massnahme auf die Kennelgasse ausgedehnt werden könnte. Wir finden, dass es absolut sinnvoll wäre, in diesem Strassenabschnitt Tempo 30 einzuführen. Nebenan ist das Pfadi- und Jungwachtheim, eine Fussballwiese, der Tennisclub. Als ich früher in die Pfadi ging, lief ich schon am Schützenhaus vorbei über die Wiese. Heute ist das sicherlich auch noch so. Vor allem befindet sich jedoch auf der anderen Strassenseite eine neue Siedlung, wo viele Familien wohnen. Es ist im Übrigen auch ein Wildtierkorridor, d. h. das Wild kreuzt dort die Strasse. Durch die Einführung von Tempo 30 könnten an der Stelle Unfälle sicherlich vermieden werden.

Ich hatte beim Durchlesen des Antrags des Stadtrats das Gefühl, dass er nicht wirklich vor Ort war. Er behauptet, die Strasse hätte kein städtisches Aussehen und liege mehr oder weniger im Wald. Es haben sich an dieser Stelle schon immer Siedlungen befunden, und heute sind viel mehr Häuser dazugekommen. Auf der linken Seite hat es überhaupt keinen Wald, auf der rechten schon. In der Vorlage steht, man solle 50 km/h, dann 30 km/h und wieder 50 km/h signalisieren, was überhaupt keinen Sinn macht bei diesen kurzen Abschnitten. Bis zu den Erläuterungen von Sander Mallien dachte ich auch, dass die Kennelgasse bis hinunter so heisst. Für die meisten Autofahrenden wird es so sein. Es wäre sinnvoll Kennelgasse und Burghaldenstrasse durchgängig in eine Tempo 30-Zone zu verwandeln. Beim betreffenden Abschnitt der Kennelgasse wären bauliche Massnahmen, wenn nötig, problemlos möglich. Während die Ennetbadener Regierung die Bevölkerung auf ihre Seite gezogen hat, ist der Badener Stadtrat nicht einmal zu solchen kleinen Schritten bereit. Wieso ist das so schwierig? Falls der Stadtrat der Meinung sein sollte, keinen Auftrag erhalten zu haben, hier Tempo 30 einzuführen, möchte ich Folgendes festhalten:

Es gibt ein Reglement für die nachhaltige Mobilität und eine Städteinitiative. Hätten Sie gerne eine weitere Volksinitiative, weil Sie einen politischen Auftrag brauchen. Das wäre schon machbar, damit man auf allen Strassen des Stadtgebiets Tempo 30 einführen könnte, wie in Ennetbaden. Vielleicht erkennen Sie jedoch selber, was zu tun ist, gerade mit Blick auf unsere Nachbarn.

Es macht in unseren Augen keinen Sinn, die Kennelgasse aus der Tempo 30-Prüfung auszunehmen. Es wäre ein kleiner Eingriff mit einer grossen Wirkung für die Anwohnenden. Es würde auch ein Signal des Stadtrats bedeuten, dass er die Sicherheit und die Ruhe der Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Baden höher gewichtet, als das man dort 50 km/h fahren darf.

Ich bitte Sie, mein Postulat zu überweisen.

### **Nadia Omar**

Die Burghaldenstrasse mit dem Anschluss der Kennelgasse schlängelt sich elegant den Hügel hinauf. Sie ist jedoch ziemlich unübersichtlich. Weil sie, vor allem in der Kennelgasse selber, ziemlich steil ist, tendieren die Autofahrenden, die von unten kommen, relativ früh zu beschleunigen, aus Angst, dass die starken Motoren nicht den Berg hinaufkämen. Andererseits geniessen es Autofahrende wie Velofahrende, es von oben hinab rollen zu lassen. Es werden dort ziemlich hohe Geschwindigkeiten gemessen. In dem Jahr, seit ich dort am Waldrand wohne, wurden vor meiner Haustür schon zwei Velofahrende schwer verletzt. Die Gefahr wird unterschätzt.

Aus diesem Grund und weil alle Verkehrsteilnehmende Mühe haben mit wechselnden Temporegimes, möchten wir eine Lanze brechen für eine Tempo 30-Zone für die ganze Strecke. Man muss nicht zwingend bauliche Massnahmen ergreifen. Es braucht nur Augenmass. Es ist möglich, wie im Kanton Luzern, eine Tempo 30-Zone ohne bauliche Massnahmen zu erstellen. Man könnte auch grosse Ausrufezeichen auf die Kennelgasse sprayen, sodass jeder weiss, wie gefährlich diese Strasse ist.

### **Sander Mallien**

Mir geht es nicht primär um die verworrene Signalisation, sondern um die Gefährlichkeit dieser Strasse. Vom Lindeli herkommend sieht man nicht nach links. Die durchgeführte Messung beim Haus Nr. 7 ist viel zu weit unten. Man müsste eine Messung etwa beim Haus Nr. 13 durchführen. Ich wohne schon länger in der Gegend und erinnere mich an einen tödlichen Unfall. Ein Mädchen aus der 2. Bez. ist dort tödlich verunfallt. Zurzeit findet ein Generationenwechsel statt. Es sind jetzt immer mehr kleinere Kinder unterwegs.

### **Adrian Humbel**

Zur Sicherheit:

Es betrifft vor allem die Velofahrenden. Die genannte Verunfallte war eine ehemalige Schulkollegin, bei der die Bremsen an ihrem Velo versagten. Es war kein Auto involviert. Es war ein Selbstunfall. Bei einer Tempo 30-Signalisation wird kein Velofahrender deshalb dort langsamer fahren. Man muss eine Lösung für die Velofahrenden finden. Wir haben ein Verkehrsregime mit zwei Erschliessungsstrassen, welche in die Allmend und nach Münzlishausen führen – die Rütistrasse und die Kennelgasse. Beide führen in ein anderes Quartier, d. h. wir müssen beide erschliessen, sonst hätten wir den ganzen Verkehr auf dem Schulhausplatz. Wir versuchen ja mit Tempo 30-Zonen den Verkehr zu lenken. An dieser Stelle wäre eine Tempo 30-Zone ein "Rohrkrepierer".

Zum Lärm:

Ich habe es selber ausprobiert. Ich fahre da jeden Tag durch. Wenn ich Tempo 30 einhalten will, ohne ständig auf die Bremse zu treten, fahre ich im ersten Gang bei 4'000 Touren. Ich kann belegen, dass die Lärmemissionen höher sind als bei Tempo 50.

Zu den baulichen Massnahmen:

Wir wissen alle, dass es bei einer Tempo 30-Zone bauliche Massnahmen ergriffen würden – Badener Steine usw. Es ist richtig, dass die Kennelgasse und die Burghaldenstrasse unübersichtlich sind. Wenn man nun auch noch Badener Steine verlegen, irgendwelche kleine Rampen bauen oder – wie in der Stadt Zürich – versetzte Parkplätze einrichten würde, würde ich definitiv nicht mehr mitmachen.

Wir sind der Meinung, dass eine Tempo 30-Zone an dieser Stelle fehl am Platz wäre.

### **Steven Van Petegem**

Georg Gindely hat bereits gut begründet, weshalb eine Tempo 30-Zone in der Kennelgasse Sinn macht. Das Argument mit den baulichen Massnahmen kann ich auch nicht wirklich nachvollziehen. Bei einer Tempo 30-Zone braucht es bauliche Massnahmen. Die Erfahrung zeigt, dass Autofahrende nur bei einer Signalisation immer noch zu schnell fahren. Wir führen nicht eine Tempo 30-Zone ein, nur weil die Leute sich nicht an die Regeln halten. Früher war das sicherlich der Fall, weil es nicht viele Tempo 30-Zonen gab. Es kann nicht sein, dass wir heutzutage, die Leute nicht dazu verpflichten können, 30 km/h zu fahren, wenn es so signalisiert ist. Ich sehe nicht ein, was man gegen eine einfache Prüfung der Situation, wie vom Postulat verlangt, haben kann.

### **Markus Schneider, Stadtmann**

Es wurden viele Argumente vorgebracht. Man hat unter anderem auch mit schweren Unfällen argumentiert, was natürlich immer tragisch ist. Ich erinnere mich auch an diesen schweren tödlichen Unfall. Der Stadtrat muss die Situation jedoch nach objektiven Kriterien beurteilen.

Ich fange mit dem Votum von Steven Van Petegem an:

Beim Postulat von Sander Mallien, welches wir überwiesen haben, machten wir die Aussage, nach welchen Kriterien wir eine solche Situation prüfen müssen. Wann ist eine Tempo 30-Zone notwendig? Wann genügt eine Signalisation? Wann sind bauliche Massnahmen notwendig? Wir müssen die gesetzlichen Bestimmungen einhalten können. Ob man den Velofahrenden noch Badener Steine in den Weg legen sollte, müssen Sie beurteilen. Wir sind der Ansicht, dass man das nicht tun sollte, weil es die Situation bloss verschlimmern würde.

Zur Stellungnahme von Georg Gindely:

Es stimmt, dass Ennetbaden flächendeckend Tempo 30 eingeführt hat. Man muss jedoch in Betracht ziehen, dass wir bereits viele Tempo 30-Zonen in unseren Quartieren haben. Wir haben in allen Quartieren Tempo 30, ausser dort, wo es sich um Zubringer- und Erschliessungsstrassen handelt. Wir finden bauliche Massnahmen nicht sinnvoll, da die Situation für Velofahrende damit noch gefährlicher würde. Der Stadtrat hat diese Haltung begründet und hält an ihr fest.

Der Stadtrat bittet Sie, das dringliche Postulat nicht zu überweisen.

## **Beschluss:**

Das dringliche Postulat Georg Gindely vom 29. Juni 2020 betreffend Prüfung der Einführung von Tempo 30 auf der Kennelgasse wird überwiesen (22 Ja- zu 25 Nein-Stimmen).

## **12. Ersatzwahl eines Mitglieds der Finanzkommission für den Rest der Amtsdauer 2018/2021**

### **Benjamin Steiner, Vizepräsident des Einwohnerrats**

Fiona Hostettler ist als Mitglied der Finanzkommission zurückgetreten. Die glp schlägt Sander Mallien als Nachfolger vor.

Wahlen werden gemäss § 50 des Geschäftsreglements geheim durchgeführt, wenn niemand offene Wahl verlangt. Stellt jemand Antrag auf offene Wahl?

Tobias Vonesch stellt Antrag auf offene Wahl.

Die Mehrheit verlangt offene Wahl.

### **Olivier Funk**

Das team baden unterstützt die Kandidatur von Sander Mallien in die Finanzkommission. Wir sind froh, mit ihm einen erfahrenen Fachmann für diese wichtige Kommission gewinnen zu können. Unsere Stimmen sind ihm sicher.

Gleichzeitig erlauben wir uns, auf einen aus unserer Sicht wichtigen Umstand hinzuweisen. Anlässlich unserer Diskussion in der Fraktion haben wir auch die Diversity-Frage diskutiert. Neu wird die Finanzkommission aus einer Frau und zehn sogenannten "white, middle-aged men" bestehen.

Wie Sie vielleicht wissen, bin ich als Personalleiter in einem grossen internationalen Konzern tätig. In vielen Firmen ist "Diversity" ein aktuelles Thema. Gemäss wissenschaftlichen Studien erreichen "diverse" Teams bessere Resultate, lösen schneller und besser komplexe Probleme und sind zudem innovativer.

Ich wurde 1999 selbst als Nicht-Einwohnerrat in die Finanzkommission gewählt. Damals war es noch undenkbar, dass der Präsident der Finanzkommission nicht dem Einwohnerrat angehört. Acht Jahre später wurde ich zum Präsidenten der Finanzkommission gewählt, und war, genau wie der heutige Präsident, nicht Mitglied des Einwohnerrats. Auch das ist Diversität. In meiner Zeit in der Finanzkommission, aber auch im Berufsleben, habe ich mehrfach erlebt, dass die entscheidenden Beiträge von Frauen oder Personen gekommen sind, die nicht ins "Schema X" passten.

Ich erzähle das, weil das team baden überzeugt ist, dass das, was die Wirtschaft längst erkannt hat, für uns in der Politik auch gelten sollte.

Das team baden bittet alle Parteien deshalb, bei der Auswahl ihrer Vertreterinnen und Vertreter in die Kommissionen auch dem Thema "diverse Teams" Rechnung zu tragen. Es ist eine Möglichkeit, auch Personen in die Politik einzuführen, die vielleicht nicht offensichtlich dahin gehören, aber mit anderen Ansichten zu besseren Resultaten führen können.



Danke, dass Sie mithelfen, unsere Kommissionen in Zukunft noch "diverser" aufzustellen!

### **Beschluss:**

Für den Rest der Amtsdauer 2018/2021 wird als neues Mitglied der Finanzkommission Sander Mallien gewählt (einstimmig).

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Michael Staubli schreibt in seinem Rücktrittsschreiben kurz und bündig:

"Ich habe mich entschlossen, per Sitzung vom 11. August 2020 aus dem Einwohnerrat Baden zurückzutreten. Die Jahre im Einwohnerrat für die Grünen Baden waren für mich eine wertvolle Erfahrung. Die Möglichkeit, die Zukunft unserer Stadt mitzugestalten, haben mich stets motiviert und inspiriert. Wie so oft im Leben, müssen von Zeit zu Zeit Entscheidungen zulasten einer Sache gefällt werden. Es ist für mich zurzeit daher nicht möglich, parallel zum Studium und meiner Anstellung als Lehrperson in Bremgarten gewissenhaft die lokale Politik zu verfolgen und mitzugestalten.

Ich bedanke mich bei allen Personen, die ich inner- und ausserhalb meiner politischen Tätigkeit kennenlernen durfte.

Herzliche Grüsse

Michael Staubli"

Ich habe Michael Staubli im Rat als vernünftig argumentierendes, eher zurückhaltendes Ratsmitglied kennengelernt. Er setzte sich für Verkehrs- und grüne Anliegen ein. Ich bitte Michael Staubli nach vorne zu treten, um sein Geschenk entgegenzunehmen.

### **Corinne Schmidlin De Min**

Mir ist etwas passiert, was heute schon mehrmals angesprochen wurde. Ich bin nicht ganz drei Jahre als Mitglied des Einwohnerrats im Amt und mittlerweile schon die Dienstälteste unserer Fraktion. Deshalb werde ich jetzt Michael Staubli verabschieden. Der Aufstieg zur dienstältesten Einwohnerratin in der Grünen Fraktion ist natürlich nichts Lobenswertes.

Wir lassen Michael Staubli nicht gerne gehen. Michael Staubli nahm 2016 an seiner ersten Einwohnerratssitzung teil. Anfang 2019 wurde er Fraktionspräsident. Er war in der Pfaffechappe mein Platznachbar. Ich habe manches Mal erlebt, wie er auf den letzten Drücker hineinstürmte. Ich habe als Einwohnerrat-Neuling gestaunt, wie er während der Sitzungen fast ein bisschen wild an seinen Voten "herumgedoktert" hat. Seine prägnanten, kompetenten Voten vertrat er jedoch immer charmant und mit einer Portion Humor. Als Lehrer lagen ihm vor allem Bildungsthemen am Herzen. Als er zu kulturpolitischen Themen seine Voten gehalten hat, hat man gemerkt, wofür sein Herz schlägt, nämlich für "One of a Million", wo er sich schon lange engagiert.

In einer so kleinen Fraktion wie unsere muss man jedoch manchmal Themen angehen, die einem nicht nahe stehen. Michael Staubli verbiss sich besonders in ein Geschäft, nämlich das Reglement für die Benutzung von öffentlichem Grund. Er hat sich derart in dieses Thema vertieft, dass er – zum Staunen aller – immer wieder einen Paragraphen auswendig aufsagte.

Ich habe ihn auch als Brückenbauer empfunden. Er hat andere Positionen im Einwohnerrat offen entgegengenommen und das Gespräch mit Leuten aus verschiedenen Parteien gesucht.

Wir bedauern natürlich, dass Michael Staubli uns verlässt. Wir entnehmen jedoch seinem Rücktrittschreiben, dass die Belastung durch den Beruf, die Politik und die Kultur gross ist. Irgendwann wird es zu viel. Er hat sich zu diesem Schritt entschieden, den wir akzeptieren. Wir hoffen natürlich, dass er auch in Zukunft für die Grünen in irgendeiner Form sein Wissen in den Bereichen Bildung, Kultur oder Umwelt einbringen wird. Wir würden uns darüber freuen.

Michael, wir haben für dich noch ein kleines Geschenk. Du darfst als Kulturinteressierter wieder die Musik geniessen, wenn man es Corona-bedingt wieder zulassen kann.

### **Sander Mallien, Einwohnerratspräsident**

Ich bin überrascht. Wir haben es geschafft, die Sitzung um 22.00 Uhr zu beenden.

Es ist schwierig zu sagen, wie es weitergehen wird. Corona wird uns wahrscheinlich noch eine Zeit lang begleiten. Wir wissen jetzt schon, dass es nicht möglich sein wird, im September hier im Trafo die Sitzung durchzuführen. Wir werden noch erfahren, wo die Sitzung stattfinden wird. Wahrscheinlich wird es in der Sporthalle Aue sein. Die fernere Zukunft ist noch in Corona's Händen!

Ich bedanke mich für Ihr Engagement, wünsche allen einen schönen Abend und gute Gesundheit.

Sitzungsende: 21.58 Uhr

EINWOHNERRAT BADEN



Sander Mallien  
Präsident



Marco Sandmeier  
Protokollführer